

30.000 Unterstützer

Die Online-Petition der Österreichischen Krebshilfe ist innerhalb eines Tages bereits über 30.000 Mal unterstützt worden. Die Aktion „Don't Smoke“ wurde am Montag neu gestartet, nachdem bekannt wurde, dass ÖVP und FPÖ das bereits beschlossene absolute Rauchverbot kippen.



„Wir können nicht die Hand reichen für ein bisschen Absprache, für ein bisschen Tolerierung, für ganz großes Rosinenpicken der SPD, die sich nicht richtig traut.“

CDU-Vize Julia Klöckner zur „KoKo“

Jerusalem – Strache will „alles tun“ für Verlegung – ÖVP winkt ab

JERUSALEM (APA). FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache hat Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu zugesichert, alles „in seiner Macht Stehende“ für eine Verlegung der österreichischen Botschaft nach Jerusalem zu tun. Anders als beim Rauchverbot dürfte die ÖVP Strache dabei aber nicht entgegenkommen. Aus ÖVP-Kreisen hieß es gestern auf APA-Anfrage, dass man sich weiter an den diesbezüglichen EU-Konsens halte.



Heinz-Christian Strache APA

„Wir stehen klar hinter der EU-Position“, hieß es. Demnach sind sowohl der Status Jerusalems als auch die Frage der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten „in direkten Gesprächen zwischen beiden Parteien zu klären“. Auch die künftige österreichische Bundesregierung solle diese Position vertreten, hieß es auf Nachfrage. ÖVP-Chef Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) hatte sich

bereits in der Vorwoche anlässlich der umstrittenen Entscheidung von US-Präsident Donald Trump zur Botschaftsverlegung nach Jerusalem entsprechend geäußert. Strache sagte dagegen am Wochenende dem „Kurier“, dass er sich eine Verlegung der österreichischen Botschaft nach Jerusalem wünsche. Allerdings wandte er sich unter Verweis auf die Neutralität gegen einen Alleingang Österreichs.

Weiter Kritik an Raucher-Regelung

WIEN (APA). Das Kippen des geplanten totalen Rauchverbots in der Gastronomie durch die schwarz-blauen Koalitionsverhandler stößt nach wie vor auf scharfe Kritik. Das Rote Kreuz beklagt einen „schweren gesundheitspolitischen Fehler“, einen Rückschritt sah auch die Pharmig. Erfreut ist dagegen die Wirtschaftskammer.

Als „vergebene Chance“ bezeichnete Rotkreuz-Präsident Gerald Schöpfer die Pläne von ÖVP und FPÖ. „Das halte ich für einen schweren gesundheitspolitischen Fehler.“ Es sei nicht nachvollziehbar, warum etwas, das in zahlreichen europäischen Ländern tadellos funktioniert, in Österreich nicht möglich sein sollte, meinte Schöpfer in einer Stellungnahme.

Kritik kam auch von der Interessenvertretung der österreichischen Pharmaindustrie: „Wir geben Milliarden für die Gesundheitsversorgung von Pati-

enten aus. Darunter sind viele, die durch präventive Maßnahmen gar nicht krank geworden wären. Gerade beim Nikotin-Konsum ist es erwiesen, dass dieser ursächlich für eine Reihe von Krankheiten ist“, erinnerte Pharmig-Präsident Martin Munte. Auch das Argument, der Gastronomie entgingen damit Umsätze, sei keineswegs haltbar, wie Vergleiche zeigen.

Begrüßt wurde die Einigung dagegen von der Wirtschaftskammer: „Ja natürlich freuen wir uns“, meinte Mario Pulker, Obmann des Fachverbandes Gastronomie, auf Ö1. Die Gastronomie-Betriebe seien nicht dafür da, „den Nichtraucherschutz oder die Gesundheit der Menschen in den Vordergrund zu stellen“, sondern „den Menschen einen gemütlichen Abend zu verschaffen“ und ihnen „ein bisschen Freiheit zu gewähren“, argumentierte Pulker.

„KoKo“ statt „GroKo“?

REGIERUNGSBILDUNG: Eine Koalition mit Luft für etwas Opposition – SPD prüft neues Modell

VON GEORG ISMAR

BERLIN (dpa). In der SPD wird angesichts des Widerstandes gegen eine große Koalition eine für Deutschland ganz neue Form der Regierungszusammenarbeit geprüft. Parteichef Martin Schulz erläuterte nach Teilnehmerangaben in der Fraktionssitzung am Montagabend ein Modell, bei dem nur bestimmte Kernprojekte im Koalitionsvertrag verankert werden.

Andere bleiben bewusst offen, damit sie im Bundestag diskutiert und ausverhandelt werden können. Das würde Raum geben zur Profilierung – und zu wechselnden Mehrheiten. Ein Sprecher betonte, das sei einer von mehreren denkbaren Wegen. Die Idee einer Kooperationskoalition („KoKo“) stammt von der Parteilinken. Der Sprecher der Parlamentarischen Linken, Matthias Miersch, sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Wir waren sehr, sehr stark an die Bundesregierung gebunden.“ In Teilen der SPD wird der Koalitionsvertrag mit der Union von 2013 heute kritisch gesehen.

Auf 185 Seiten wurde alles bis ins letzte Detail verhandelt und dann 4 Jahre lang in Gesetze gegossen – am Ende war vielen Bürgern nicht klar, wer zum Beispiel für die Durchsetzung des Mindestlohns verantwortlich war. Die SPD fürchtet, wieder als Verlierer aus einer „GroKo“ herauszugehen. Wenn bestimmte Themen offen bleiben, könnte sie – so das Kalkül – beim Ringen um Projekte deutlicher machen, wer wofür steht und was auf wessen Betreiben durchgesetzt wird, notfalls auch mit anderen Mehrheiten. Als



Mit der Zustimmung seiner Partei beginnt Martin Schulz heute Koalitionsgespräche.

APA/afp/ODD ANDERSEN

ein Beispiel gilt die gegen die Union durchgesetzte Ehe für alle.

Miersch betonte, die SPD sei mit so einem Modell viel freier, es werde nicht wie bisher „penibel aufgeschrieben, was wir in allen Fachbereichen machen“. CDU, CSU und SPD seien nur noch als ein einziger monolithischer Block wahrgenommen worden und die SPD habe Anträge von Linken und Grünen aus Koalitionsräson ablehnen müssen, „obwohl sie in unserem eigenen Wahlprogramm standen“.

Miersch betonte: „Wir haben dann die Freiheiten, auch jenseits einer solchen Zusammenarbeit wirklich mit anderen Fraktionen zu stimmen.“ Es gehe um 5 bis 10 Projekte, die man gemeinsam verabredet und durchsetzt, darunter sicher der Bundeshaushalt. „Ich würde es eine Kooperation nennen, das ist viel freier als eine Koalition.“ Ein Abgeordneter meinte dazu: „Das wäre eventuell eine

Brücke, über die viele in der SPD gehen könnten.“

Heute (Mittwoch) kommen CDU-Vorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer, SPD-Chef Martin Schulz und die Fraktionschefs zu einem ersten Gespräch zusammen. Dabei geht es um das Ausloten von Gemeinsamkeiten und das weitere Vorgehen.

Hamburgs Regierungschef Olaf Scholz rief alle Beteiligten bei ihren Forderungen zur Zurückhaltung auf. „Es wäre nicht klug, in dieser Phase rote Linien zu ziehen oder Punkte für un-verhandelbar zu erklären“, sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur in Hamburg. Daran seien die Jamaika-Verhandlungen von Union, FDP und Grünen gescheitert. „Deshalb tut die Sozialdemokratische Partei das nicht, und – wenn ich das richtig sehe – tun das auch die Verantwortlichen in der Union nicht.“

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) wirbt für „eine Koalition der innerpolitischen Vernunft“ zwischen Union und SPD im Bund. Gerade bei der inneren Sicherheit gebe es viel größere Schnittmengen zwischen CDU und SPD, als es sie bei einem Jamaika-Bündnis gegeben hätte, sagte Reul der Deutschen Presse-Agentur in Düsseldorf. Einigungspotenzial sehe er etwa bei der Vorratsdatenspeicherung.

Johannes Kahrs, der Sprecher des Seeheimer Kreises der SPD, sagte der „Passauer Neuen Presse“ (Dienstag), ohne gemeinsame Schwerpunkte werde es keine neue Zusammenarbeit mit der Union geben. „Zentral wird sein, dass man gemeinsame Projekte für eine Kooperation, eine Minderheitsregierung oder eben doch eine schwarz-rote Regierung findet. Notwendig wären Ziele mit Strahlkraft, die uns weitertragen, auch wenn es einmal schwierig wird.“

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Übereinkommen über die Rechte

KONVENTION: EU setzte letzte Woche eine Reihe an Maßnahmen im Behindertenrecht – 8 Aktionsbereiche

BRÜSSEL. Der Dezember begann mit dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen. Aus diesem Anlass trafen sich vorige Woche Politiker, Experten und Betroffene in Brüssel zu einer großen Konferenz. Es ging um Fragen, wie Menschen mit Behinderungen besser über ihre Rechte informiert werden können, wie man ihre Stimme hörbarer machen kann; wie man Städte so gestalten kann, dass Menschen mit Behinderungen überall teilnehmen können – auch an der Politikgestaltung.



Viele Behinderte brauchen Unterstützung, um ihre Arbeit verrichten zu können. dpa/Uwe Anspach

Das Thema Behinderung betrifft viele Menschen. In der Europäischen Union hat nach gesamteuropäischen Erhebungen jede sechste Person eine leichte bis schwere Behinderung. Das sind 80 Millionen Menschen, die Gefahr laufen, an einer vollen Teilhabe an der Gesellschaft und Wirtschaft gehindert zu werden. Tatsächlich ist insbesondere der Zugang zur Arbeit ein Problem, was auch erklärt, warum die Armutsquote für Menschen mit Behinderungen 70 Prozent über

dem Durchschnitt der Bevölkerung liegt. Behinderung ist auch ein

Problem, das in zunehmend alternen Gesellschaften wie jenen in Europa immer mehr in den Vordergrund tritt. Mehr als ein Drittel der über 75-Jährigen haben Behinderungen, die sie in gewissem Maße beeinträchtigen; über 20 Prozent sind erheblich beeinträchtigt. Vor diesem Hintergrund hat die EU 2010 eine Strategie erlassen, die zwischen 2010 und 2020 in 8 Aktionsbereichen wesentliche Fortschritte erzielen will. Die 8 Bereiche sind:

- ▶ Teilhabe (zum Beispiel an politischen Wahlen)
- ▶ Gleichstellung (Bekämpfung von Diskriminierung)
- ▶ Beschäftigung (kaum die Hälfte der Menschen mit Behinderung hat eine Arbeit)
- ▶ allgemeine und berufliche Bildung (die Förderung der integrativen Bildung)
- ▶ sozialer Schutz (einschließlich behinderungsbezogener Unterstützung)
- ▶ Gesundheit (gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsleistungen)

▶ außenpolitische Maßnahmen.

Anfang Dezember 2015 hatte die EU-Kommission einen Vorschlag für einen europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit vorgelegt. Vorige Woche haben sich die EU-Minister nun auf einen Text einigen können. Damit sollen die Anforderungen an Barrierefreiheit in der EU für ausgewählte Produkte und Dienstleistungen angeglichen werden. Dazu zählen zum Beispiel Hardware und Betriebssysteme für Computer; Kommunikationsgeräte; E-Book-Lesegeräte; Selbstbedienungsterminals wie Bankomaten, Fahrausweisautomaten oder die Ticketmaschinen am Flughafen. Wenn der EU-Gesetzgeber sich 2018 endgültig auf diese Richtlinie einigt, dann müssen Busunternehmen, Bahndienste, aber auch der Luftverkehr ihre Webseiten, Ticketdienste und Ähnliches in einer Art und Weise anbieten, die auch für Personen mit Behinderungen zugänglich ist.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Die EU will „barrierefreie“ Dienstleistungen – was heißt das?

Gabriel N. Toggenburg: Nun, zum Beispiel haben Sie als blinder Mensch wenig von der Information auf einer Webseite, wenn diese nicht automatisch vorgelesen wird. Das kann Sie unter Umständen am Zufahren hindern. Und damit wesentlich in Ihrer Lebensführung einschränken.

„D“: Wird das nicht teuer?

Toggenburg: Umfragen zeigen, dass 66 Prozent der Menschen im EU-Schnitt bereit wären, mehr für Dienstleistungen oder Produkte zu bezahlen, wenn diese für alle besser zugänglich wären, also auch für Menschen mit Behinderungen und für Ältere. In Italien lag dieser Wert bei 67, in Österreich bei 57 Prozent.

„D“: Warum ist der EU der Be-

hindertenschutz ein Anliegen? Toggenburg: Das ist schon im Artikel 26 der EU-Grundrechtscharta sehr deutlich angelegt. Die EU ist seit 2011 sogar Vertragspartei des Abkommens der Vereinten Nationen, welches die Rechte von Personen mit Behinderungen fördert.

„D“: Was kann so ein internationales Abkommen bewirken?

Toggenburg: Erstaunlich viel. Alle EU-Mitgliedstaaten haben dieses Übereinkommen unterzeichnet, und man sieht, dass überall eine juristische, aber auch soziale Reformwelle ins Rollen kam.

„D“: Zum Beispiel?

Toggenburg: Es kommt zu einem Paradigmenwechsel. Zentral ist nicht mehr die medizinische Sicht auf „den Behinderten“. Im Zentrum steht eine soziale Perspektive: dem Menschen mit Behinderungen soll die Behinderung durch seine soziale Umwelt genommen werden.

© Alle Rechte vorbehalten

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.